



Günther Sandner

Der „Dritte Weg“ der Sozialdemokratie

INHALT

Der Begriff „Dritter Weg“	3
Die politischen Rahmenbedingungen	5
Jenseits von „Links“ und „Rechts“?	7
New Labour – Neue Sozialdemokratie – Neue Mitte	10
Die wesentlichen Inhalte des „Dritten Weges“	13
Der „Dritte Weg“ für Österreich?	19
Resümee: Der „Dritte Weg“ als Kompromiss zwischen Sachzwängen und Grundsatzorientierung	24
Auswahlbibliographie	25
Beantwortung der Fragen	26
Fernlehrgang	27

Didaktische Gestaltung:

Michael Vlastos/
Peter Autengruber

Inhaltliche Koordination:

Peter Autengruber,
Martin Bolkovac

Stand: Mai 2002

Wie soll mit diesem Skriptum gearbeitet werden?

Zeichenerklärung



Frage zum Lernstoff im vorigen Abschnitt. (Vergleichen Sie Ihre eigene Antwort mit der am Ende des Skriptums angegebenen.)

Anmerkungen: Die rechte bzw. linke Spalte jeder Seite dient zur Eintragung persönlicher Anmerkungen zum Lernstoff. Diese eigenen Notizen sollen, gemeinsam mit den bereits vorgegebenen, dem Verständnis und der Wiederholung dienen.

Schreibweise: Wenn im folgenden Text die Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ oder andere männliche Schreibweisen verwendet werden, so ist bei Entsprechung auch die weibliche Form inkludiert. Auf eine durchgehende geschlechtsneutrale Schreibweise wird zugunsten der Lesbarkeit des Textes verzichtet. Keinesfalls soll damit über diese keineswegs zufällige Unkorrektheit der deutschen Sprache hinweggetäuscht werden.

Arbeitsanleitung

- Lesen Sie zunächst den Text eines Abschnitts aufmerksam durch.
- Wiederholen Sie den Inhalt des jeweiligen Abschnitts mit Hilfe der gedruckten und der eigenen Randbemerkungen.
- Beantworten Sie die am Ende des Abschnitts gestellten Fragen (möglichst ohne nachzusehen).
- Die Antworten auf die jeweiligen Fragen finden Sie am Ende des Skriptums.
- Ist Ihnen die Beantwortung der Fragen noch nicht möglich, ohne im Text nachzusehen, arbeiten Sie den Abschnitt noch einmal durch.
- Gehen Sie erst dann zum Studium des nächsten Abschnitts über.
- Überprüfen Sie am Ende des Skriptums, ob Sie die hier angeführten Lernziele erreicht haben.

Lernziele

Nachdem Sie dieses Skriptum durchgearbeitet haben, sollen Sie

- **den historischen Hintergrund des „Dritten Weges“ kennen;**
- **die wichtigsten politischen Inhalte charakterisieren können**
- **sowie seine aktuelle Bedeutung einzuschätzen vermögen.**

Viel Erfolg beim Lernen!

Der Begriff „Dritter Weg“

Anmerkungen

Der „dritte Weg“ in der politischen Geschichte

Der „dritte Weg“ ist ein Begriff, der in der politischen Geschichte immer wieder auftaucht. Schon der Austromarxismus beanspruchte für sich, einen „dritten Weg“ zu beschreiten. Damals war gemeint, dass im beginnenden 20. Jahrhundert innerhalb der sozialistischen Bewegung **zwei wesentliche Strömungen** existierten:

- der Bolschewismus in der Sowjetunion und der
- Reformismus von Teilen der deutschen Sozialdemokratie – die einer Ergänzung durch einen „dritten Weg“ bedurften.

Ein „dritter Weg“ bezeichnet immer entweder einen Mittelweg zwischen zwei Ausprägungen oder die Überwindung von zwei politischen Extremen. Im bipolaren Weltsystem, in dem die Supermächte USA und Sowjetunion zwei gegensätzliche Gesellschaftsmodelle repräsentierten, bezeichneten „dritte Wege“ zumeist politische Strömungen, die weder eindeutig kapitalistisch noch eindeutig kommunistisch waren, sondern einen Weg zwischen den beiden Konzepten einschlagen wollten.

Von einem „dritten Weg“ sprach beispielsweise die so genannte „Bewegung der Blockfreien“, die sich aus dem jugoslawischen Sonderfall entwickelte (JOSIP BROZ „Tito“ sprach von einer „Mission“ zwischen Ost und West) und in Indien eines ihrer prominentesten Beispiele fand. Die Blockfreien wollten weder dem Westblock noch dem Ostblock zugehörig sein.

In der Sozialdemokratie wurde der Begriff des „dritten Weges“ nach dem Zweiten Weltkrieg besonders häufig verwendet. Damit war eine Politik angesprochen, die Sozialismus und Demokratie verbinden wollte. Diese sollte sich im Wirtschaftssystem vom Westen und im politischen System vom Osten abgrenzen – also nicht kapitalistisch und doch demokratisch sein. Aber auch die Christlich-Sozialen (CDU) in Deutschland verwendeten bald den Begriff des „dritten Weges“ und meinten damit ihr Modell der sozialen Marktwirtschaft. Der „dritte Weg“ wurde also, historisch und politisch betrachtet, von unterschiedlichen Bewegungen und Strömungen beschritten.

Der „dritte Weg“ und die neue Sozialdemokratie

Der „dritte Weg“, wie er in die neueren Debatten der europäischen Sozialdemokratien Eingang gefunden hat, weist zahlreiche Verbindungen zur US-amerikanischen Debatte auf. Die Wahl BILL CLINTONS zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 1992 und eine anschließende Amerikareise der beiden Politiker der *Labour Party* TONY BLAIR und GORDON BROWN im Jänner 1993 bezeichneten den Beginn einer gegenseitigen Beeinflussung der beiden Reformprojekte. Die *New Democrats* unter Bill Clinton können folglich als Initiatoren und Mitgestalter einer *Third Way*-Debatte gelten.

In Europa ist es vor allem die reformierte *Labour Party* in Großbritannien (*New Labour*), die für die Ausformulierung eines (sozialdemokratischen) „dritten Weges“ verantwortlich zeichnet. In Kontinentaleuropa wurde die Debatte von der deutschen Sozialdemokratie aufgegriffen, die sich umfassend mit *New Labour* programmatisch ausgetauscht und im Begriff der „neuen Mitte“ ihren Ansatz in einem Schlagwort gebündelt hat.

New Labour in
Großbritannien

Anmerkungen

Damit ist vor allem angesprochen, dass die Mitte der Gesellschaft, also nicht nur die Arbeiterklasse, sondern beispielsweise auch mittlere Angestellte und liberal denkende Selbstständige, Zielpublikum sozialdemokratischer Politik sein sollten.

Wenn wir die genannten Beispiele – die demokratische Partei in den USA, die *Labour Party* in Großbritannien und die Sozialdemokratie in Deutschland – betrachten, dann fallen einige Parallelen auf:

Alle drei Konzeptionen eines „dritten Weges“

- werden aus der Position einer Oppositionspartei heraus formuliert;
- reagieren auf eine längere Phase konservativer (und neoliberaler) Regierungen (gemeint sind die Regierungen Reagan/Bush in den USA, Thatcher/Major in Großbritannien und Kohl in Deutschland);
- beanspruchen, eine fortschrittliche bzw. sozialdemokratische Antwort auf diese Regierungsphase gefunden zu haben (in diesem Sinne wird der Neoliberalismus abgelehnt);
- grenzen sich von bestimmten Inhalten der eigenen politischen Geschichte und programmatischen Tradition ab und behaupten gleichzeitig, diese Tradition in ein zeitgemäßes Gewand gekleidet zu haben (*New Labour* versus *Old Labour*);
- werden aus einer Perspektive „nach 1989“ formuliert.

Wende 1989

Obwohl sich die europäischen Sozialdemokratien vom Sowjetkommunismus distanziert hatten, signalisierte das Jahr 1989 auch in der sozialdemokratischen Politik und Programmatik eine Wende.

Beispiel Österreich

Die österreichische Sozialdemokratie bezeichnete sich in der Folge als *sozialdemokratische* und nicht mehr als *sozialistische* Partei. Durch das Wegfallen einer *realen* Alternative zum kapitalistischen System verschwand auch weitgehend die *theoretische* Debatte darüber. Der Kapitalismuskritik war somit der Stachel gezogen, weil zwar die schlimmsten Auswüchse der Marktlogik kritisiert und bekämpft werden konnten, die grundlegenden Voraussetzungen des kapitalistischen Systems aber akzeptiert worden waren. Das Jahr 1989 markierte so betrachtet den Anfang vom Ende. Am Ende war der (Real-)Sozialismus, am Ende die Zeit der großen ideologischen Debatten, selbst das „Ende der Geschichte“ sei erreicht, die mit der Kombination aus liberaler Marktwirtschaft und westlicher Demokratie ihre Vollendung erreicht habe, wie der Politologe und Pentagon-Berater FRANCIS FUKUYAMA in einem vielbeachteten Aufsatz und Buch resümierte. Wie sollten sich die großen (sozialdemokratischen) Linksparteien Europas in dieser Konstellation positionieren?

Die politischen Rahmenbedingungen

Das sozialdemokratische Jahrhundert

In den Siebzigerjahren dominierte in Westeuropa eine Politik des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses. Damit war gemeint, dass bestimmte politische Inhalte gesellschaftlich, wenn nicht außer Streit standen, so doch eindeutig mehrheitsfähig waren. Es herrschte weit gehende parteiübergreifende Einigkeit über die Notwendigkeit eines Sozialstaates, der grundlegende Transferleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu leisten hatte. **Der Staat selbst war gemäß dem keynesianischen Modell auf eine aktive Rolle im wirtschaftlichen Prozess verpflichtet, sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften galten als tragende Säulen dieses Modells.** Diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund günstiger wirtschaftlicher Konjunkturdaten statt. Das änderte sich spätestens zu Beginn der Achtzigerjahre.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die Auffächerung der Lebens- und Konsumstile führten zu gesellschaftlichen Konstellationen, die von einer traditionell ausgerichteten sozialdemokratischen Politik nur noch unzureichend erfasst werden konnten. Klassische proletarische Lebensmilieus waren längst in Auflösung, der Organisationsgrad der sozialdemokratischen Parteien und der ihnen nahe stehender Gewerkschaften im Sinken begriffen.

In Großbritannien löste MARGARET THATCHER und die *Conservative Party* die *Labour Party* 1979 in der Regierung ab, in Deutschland kam 1982 HELMUT KOHL mit der Regierungskoalition aus CDU/CSU an die Macht. Die nun folgende Phase, die insbesondere auf den britischen Inseln zu einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung führte, wurde auch als „konservative Revolution“ bezeichnet. Wirtschaft und Gesellschaft sollten nach den Vorstellungen von Konservatismus und Neoliberalismus umgestaltet werden. Der Soziologe RALF DAHRENDORF sprach vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“.

Die konservative Revolution

Die konservativen Regierungen MARGARET THATCHER bzw. JOHN MAJOR (1979–1997) und HELMUT KOHL (1982–1998) galten als Musterbeispiele für diese „konservative Revolution“, die sicherlich in Großbritannien am radikalsten ausgefallen war. Um die Reaktion einer sozialdemokratischen Version des „dritten Weges“ zu verstehen, ist es wichtig zu sehen, wie deren inhaltliche Eckpfeiler aussahen. Der „dritte Weg“ der britischen *Labour Party* und der deutschen Sozialdemokratie stellen unmittelbare Reaktionen auf die konservativen Regierungsphasen dar:

Im neoliberalen Modell, wie es insbesondere die konservative Regierung in Großbritannien vertrat, stehen Gesellschaft und Individuum einander gegenüber. Die individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der wirtschaftlichen Subjekte stellen einen entscheidenden Wert dar, während auf der anderen Seite die Bedeutung der Gesellschaft und ihre Verantwortung für den Einzelnen auf eine Restgröße reduziert wird.

Der Einzelne ist für sein Schicksal selbst verantwortlich. *There is no such thing as society*, meinte die britische Regierungschefin Margaret Thatcher in dieser Zeit. So etwas wie „Gesellschaft“ gibt es also gar nicht. Gleichzeitig und teilweise im

Anmerkungen

Keynesianismus in den Siebzigerjahren



John Maynard Keynes

Neoliberale Wende



Margaret Thatcher

Deregulierung aller Lebensbereiche

Anmerkungen

Widerspruch dazu wurde eine konservative, traditionelle Gesellschaftsphilosophie vertreten, in der Begriffe und Werte wie Familie und Nation den notwendigen sozialen Zusammenhalt stiften sollten. Es existierte zudem eine grundlegende Skepsis gegenüber Modellen politischer Steuerung, nicht nur, aber vor allem im Bereich der Wirtschaft.

Slogan: „Mehr privat –
weniger Staat“

Die staatlichen Eingriffe hätten sich längerfristig betrachtet als kontraproduktiv erwiesen, sie hätten zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt und eine Mentalität der mangelnden Eigenverantwortung befördert. Demgegenüber postulierte der Neoliberalismus die **Überlegenheit der Selbststeuerung durch den Markt**. Auch der Arbeitsmarkt würde sich letztlich selbst regulieren. Daraus folgte dann die oft erhobene Forderung nach Deregulierung. Wirtschaft und Gesellschaft sollten weitgehend aus der Einflussosphäre des Staates herausgenommen werden. Das wohlfahrtsstaatliche Modell, das für das „sozialdemokratische Jahrhundert“ prägend war, lehnt der Neoliberalismus ab.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die zumindest programmatisch die Klassengesellschaft ablehnte, akzeptieren Neoliberalismus und Neokonservatismus gesellschaftliche Ungleichheit als eine unabwendbare Realität. Weder Sozial- noch Wirtschaftspolitik könnten daran etwas ändern.

Grundsätzlich positiv bewertet wird die wirtschaftliche Globalisierung. Sie wird im Sinne der freien Entfaltung und Ausbreitung des marktwirtschaftlichen Systems im Weltmaßstab interpretiert. Allerdings klaffen hier Theorie und Praxis auseinander, wie insbesondere das Beispiel Großbritanniens zeigt, das sich zur Zeit der konservativen Regierung einer wirtschaftlichen Öffnung gegenüber sehr distanziert gezeigt hatte.

Jenseits von „Links“ und „Rechts“?

Was bleibt von „Links“?

Als Vordenker einer sozialdemokratischen Politik des „dritten Weges“ kann der britische Soziologe und Politikberater ANTHONY GIDDENS gelten. Er veröffentlichte bereits 1994 ein Buch (das 1997 in der deutschen Übersetzung erschien) mit dem Titel „Jenseits von Links und Rechts“. Giddens vertritt die Ansicht, dass das klassische politische Koordinatensystem von Links und Rechts einiges von seiner Bedeutung eingebüßt habe. Wie schon in der politischen Geschichte die Ansichten darüber, was Links und was Rechts sei, einem stetigen Wandel unterlegen gewesen wären, so sei auch den aktuellen Herausforderungen nur mehr bedingt mit diesen Begriffen beizukommen. Viele Themenstellungen, denen sich die Gesellschaft heute gegenübersehe, etwa die Ökologieproblematik, seien nur unzureichend mit „linken“ oder „rechten“ Ansätzen bewältigbar. Sie benötigten Lösungen, die sich von diesen Kategorien lösten. Gleichzeitig beharrt Giddens aber auf einer Kernbedeutung, die nach wie vor eine Unterscheidung zwischen Links und Rechts zulasse. Diese Kernbedeutung lässt sich im Begriff der Gleichheit bündeln:

Während die Linke an der Zielvorstellung und am Wert der gesellschaftlichen Gleichheit festhalte, akzeptiere die Rechte die gesellschaftliche Ungleichheit. Gemeint ist also sowohl eine Aussage darüber, was *ist*, als auch darüber, was sein *soll*: Einerseits *sind* alle Menschen gleich an Würde und an Rechten, andererseits *soll* gesellschaftlicher Ungleichheit entgegengewirkt werden. Dass diese unterschiedlichen Einschätzungen (Eintreten für Gleichheit und Akzeptanz von Ungleichheit) zu praktischen politischen Konsequenzen führen müssen, die höchst unterschiedlich sind, ist nahe liegend.

Eng damit verwoben ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit. **Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit bedeutet, den Gedanken der gesellschaftlichen Gleichheit in die Praxis umzusetzen.** In der Frage der Mittel zur Erreichung von Gleichheit unterscheidet sich das Konzept des „dritten Weges“ von jenem der traditionellen Sozialdemokratie. In der Folge der Unterscheidung zwischen Links und Rechts, die Anthony Giddens vorgenommen hatte, hielten auch die beiden parteipolitischen Hauptvertreter des „dritten Weges“ (*Labour Party* und SPD), am Begriff „Links“ fest, indem die Politik des „dritten Weges“ im Wesentlichen als eine Politik „Links von der Mitte“ interpretiert wurde. Auch der Begriff „Sozialismus“ wurde nicht völlig aufgegeben, sondern im Sinne einer besonders ausgeprägten sozialen Orientierung verwendet. Weitgehend abgelehnt wird der Sozialismusbegriff jedoch im Hinblick auf sozialistisches Wirtschaften oder im Sinne von Verstaatlichung.

Für den britischen Regierungschef Tony Blair bedeutete Sozialismus, dass Menschen „keine Einzelwesen“ seien, sondern „Mitglieder derselben Familie, derselben Gemeinschaft, derselben menschlichen Rasse“. Sozialismus ist im „dritten Weg“ eine Frage der sozialen Werte; wer sie vertritt, steht innerhalb der sozialistischen Tradition. Der „dritte Weg“ versteht sich also selbst als ein Projekt innerhalb der sozialistischen Tradition, das allerdings mit der Praxis der sozialdemokratischen Parteien in einigen wesentlichen Punkten bricht.

In einer Gegenüberstellung hat Anthony Giddens die beiden Bewegungen, von denen sich der neue „dritte Weg“ der Sozialdemokratie abgrenzen soll, illustriert:

Anmerkungen

Anthony Giddens

Anmerkungen

Die klassische Sozialdemokratie (die alte Linke):

- staatliche Eingriffe in den sozialen und ökonomischen Bereich
- der Staat dominiert die Zivilgesellschaft
- kollektive Lösungen
- nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik à la Keynes in Verbindung mit Korporatismus
- eingeschränkte Rolle des Marktes: die gemischte Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft
- Vollbeschäftigung
- Gleichheit als zentraler Wert
- ein umfassender Wohlfahrtsstaat, der die Bürger „von der Wiege bis zur Bahre“ schützt
- lineare Modernisierung
- schwach ausgebildetes ökologisches Bewusstsein
- internationale Solidarität
- Einbindung in den Ost-West-Gegensatz

Quelle: Anthony Giddens: Der „dritte Weg“. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main 1999, S. 18

Rolle des Staates in der herkömmlichen Sozialdemokratie

Die alte Sozialdemokratie ist also dadurch gekennzeichnet, dass der Staat in ihrer Politik eine herausragende Rolle einnimmt. Das gilt sowohl in der Wirtschafts- wie auch in der Sozialpolitik. Der Staat übernimmt die Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger und sorgt für Vollbeschäftigung. Mit dem Namen des Ökonomen JOHN MAYNARD KEYNES (**Keynesianismus**) ist die Annahme verbunden, dass sich die Wirtschaft durch eine staatliche Beeinflussung der gesellschaftlichen Nachfrage (z. B. Maßnahmen zur Stärkung der Konsumkraft, staatliche Investitionen etc.) steuern und stabilisieren lässt.

Mit der „linearen Modernisierung“ ist im Wesentlichen angesprochen, dass ein unaufhaltsamer Fortschritt existiert, der gleichförmig und ohne größere Rückschläge und Gegenbewegungen verläuft. Wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Fortschritt gehen Hand in Hand. Neue Herausforderungen, die dieses Modell in Frage stellen, wie insbesondere **die ökologische Frage**, haben wenig Platz in diesem Denken. Auf der Ebene der internationalen Politik ist dieses Politikmodell zum einen vom Gedanken der internationalen Solidarität geprägt. Das heißt, es soll ein internationales politisches Engagement für die Werte der Sozialdemokratie, also für Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit geben. Andererseits stellt der Ost-West-Gegensatz den Rahmen für diese Politik dar.

Rolle des Staates im Neoliberalismus

Wie stellte sich im Gegensatz dazu der Neoliberalismus der neuen Rechten dar, auf die der „dritte Weg“ der Sozialdemokratie reagierte? Das Gegenmodell weist die folgenden Merkmale auf:

Thatcherismus oder Neoliberalismus (die neue Rechte):

- schlanker Staat
- autonome Zivilgesellschaft
- Marktfundamentalismus
- autoritäre Moral in Verbindung mit ökonomischen Individualismus
- der Arbeitsmarkt reguliert sich selbst wie jeder andere Markt
- Hinnahme von Ungleichheit
- traditioneller Nationalismus
- Wohlfahrtsstaat als reines Sicherheitsnetz
- lineare Modernisierung
- schwach ausgebildetes ökologisches Bewusstsein
- neorealistic Denken in der internationalen Politik
- Einbindung in den Ost-West-Gegensatz

Quelle: Anthony Giddens: Der „dritte Weg“. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main 1999, S. 18

Die Gegensätze der beiden Modelle lassen sich auf zwei wesentliche Punkte zurückführen:

- Im Gegensatz zur alten Sozialdemokratie will der Neoliberalismus einen schwachen Staat, der seine Aktivitäten auf das Notwendigste beschränkt. Weder in die Wirtschaft noch in die Gesellschaft soll er sich einmischen, wenn es sich irgendwie vermeiden lässt.
- Das führt direkt zum zweiten Punkt: Der Staat hat auch keinerlei Verpflichtung, auf mehr Gleichheit politisch hinzuwirken. Ungleichheit soll vielmehr hingenommen werden, weil sie eine unvermeidliche Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. In der Gesellschaft wird eine traditionelle Moral unterstützt, die ohne staatliche Einflüsse ihre konservativen Werte bewahren will. In der internationalen Politik gelten Macht und militärische Stärke als notwendige Merkmale der handelnden Nationalstaaten, nicht zuletzt, um den internationalen Handel und die Marktwirtschaft zu schützen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie geht es nicht so sehr um die Durchsetzung politischer Werte und Ziele (internationale Solidarität), sondern um ein „realistisches“ Anerkennen der Bewegungsgesetze internationaler Politik wie Machtstreben und Sicherheitsgewinn in einem anarchischen System („Neorealismus“). Wie unschwer zu erkennen ist, orientiert sich auch dieses Modell am Ost-West-Gegensatz.

Anmerkungen



1. Was heißt „dritter Weg“?



2. Wie stellt sich im Gegensatz zur klassischen Sozialdemokratie der Neoliberalismus der neuen Rechten dar?

New Labour – Neue Sozialdemokratie – Neue Mitte

New Labour in Großbritannien

Abgrenzung von der Vergangenheit

Die Wahlniederlage von 1979 setzte in der *Labour Party* in Großbritannien einen Umdenkprozess und eine Debatte darüber in Gang, wie man wieder an die Macht kommen könne. Herrschte in der ersten Zeit nach dem triumphalen Wahlerfolg der *Tories* (Bezeichnung für die konservative Partei in Großbritannien) zunächst noch Unklarheit über die genaue politische Ausrichtung, die eingeschlagen werden sollte, so stellte das Jahr 1994 diesbezüglich einen Wendepunkt dar. Denn durch den überraschenden Tod des Parteiführers JOHN SMITH (der 1992 NEIL KINNOCK abgelöst hatte) gelangte TONY BLAIR an die Spitze der traditionsreichen sozialdemokratischen Partei. Dieser machte aus seinen Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg der Partei kein Geheimnis. Blair wollte die *Labour Party* zur Mehrheitsfähigkeit zurückführen, indem sich diese als **moderate Mitte-Links Partei** positionieren sollte. Diese Positionierung sollte geschehen, indem sich die *Labour Party* nicht ausschließlich als radikales Gegenprojekt zum Konservatismus und Neoliberalismus der Thatcher-Ära darstellte, sondern **indem Teile der politischen Inhalte der „konservativen Revolution“ übernommen wurden**. Denn wie es einerseits einer deutlichen Abgrenzung gegenüber den Konservativen bedurfte, sollte andererseits auch eine Abgrenzung gegenüber bestimmten Inhalten der eigenen Programmatik und Geschichte vorgenommen werden.

Parteiinterne Kämpfe

Zunächst war dafür aber eine innerparteiliche Klärung vonnöten. Denn die deutlichsten Widerstände gegen den neuen Kurs von Tony Blair waren einerseits vom linken Flügel der Partei, andererseits von den Gewerkschaften (etwa der kämpferischen Bergarbeitergewerkschaft) zu erwarten. Der neue innerparteiliche Kurs Tony Blairs bewirkte zum einen, dass der Einfluss der bislang mächtigen Gewerkschaften durch Statutenreformen zurückgedrängt wurde, zum anderen wurde eine programmatische Neuorientierung vorgenommen.

Programmatische Änderungen

Auf dem Parteitag 1995 strich die *Labour Party* die so genannte *Clause 4* aus dem Programm, womit sie sich vom Gedanken der Verstaatlichung der Produktionsmittel verabschiedete. Damit waren wesentliche Angriffsflächen, die bisher den politischen Gegnern geboten wurden, entfernt. Denn die Existenz dieser Programmklausel hatte die *Labour Party* für bürgerliche Wählerschichten weitgehend unwählbar gemacht. Genau aus diesem Reservoir sollten aber zusätzliche Wähler gewonnen werden.

Wahlerfolg 1997

Der Wahlkampf für die Unterhauswahlen von 1997 wurde lange vorbereitet und durch eine geschickte mediale Strategie begleitet. Dabei gelang es der *Labour Party*, auch Unterstützung von den einflussreichen Boulevard-Zeitungen des Landes zu bekommen (z. B. „The Sun“ aus dem Medienimperium von Rupert Murdoch). Die Konservativen, deren Privatisierungspolitik zu einem desolaten Zustand der öffentlichen Infrastruktur geführt hatte, wurden von *Labour* öffentlichkeitswirksam als Partei der sozialen Kälte dargestellt. Die *Labour Party* präsentierte sich hingegen als neue, offene, dynamische und innovative Kraft, die das Land zu neuen Höhenflügen anspornen könnte. Neben der Wiederherstellung geregelter Zustände im Gesundheits- und Verkehrswesen versprach sie vor allem Investitionen im Bildungsbereich. Education, education, education, beschrieb Tony Blair seine wesentlichen Zielsetzungen im Wahlkampf für die Unterhauswahlen von 1997. **Über den freien Zugang zu Bildung und Ausbildung sollte jeder die gleiche Chance erhalten, in der Gesellschaft etwas zu erreichen.**

Die Wahl 1997 endete mit einem triumphalen Erfolg der *Labour Party*, die rund zwei Drittel der Sitze im Unterhaus eroberte, wozu allerdings auch das herrschende Mehrheitswahlrecht erheblich beitrug. Bei den Wahlen vom 7. Juni 2001 wurde dieser Erfolg im Wesentlichen bestätigt.

Die neue Sozialdemokratie in Deutschland

Die Sozialdemokratie in Deutschland hatte ebenso Flügelkämpfe durchzufechten, um den Wechsel von der Oppositions- zur Regierungspartei zu bewältigen. Zwei Personen brachten diese innerparteilichen Gegensätze zum Ausdruck: OSKAR LAFONTAINE, der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, und GERHARD SCHRÖDER, ehemaliger Ministerpräsident Niedersachsens. Sie galten als die beiden Kontrahenten, die entscheiden sollten, ob die SPD einen gemäßigten, wirtschaftsfreundlichen Mitte-Links-Kurs einschlagen würde, wie es eher der Position Schröders entsprach, oder doch deutlicher auf die Grundwerte der Partei Bezug nehmen sollte, wie es Lafontaine forderte, dessen politische Vorstellungen die Gesellschaft stärker polarisierten. Nachdem Lafontaine zu Gunsten des wahrscheinlich mehrheitsfähigen Schröder auf die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahlen im Herbst 1998 verzichtete, trat er nach dem Wahlerfolg in die Regierungskoalition aus SPD und Grünen als Minister ein, legte aber im März 1999 für viele überraschend seine Ämter als Finanzminister und als Parteivorsitzender zurück. Vor allem bei Vertretern der Wirtschaft und der Börse waren Lafontaines finanz- und steuerpolitische Vorstellungen auf vehemente Abwehr gestoßen. **Lafontaine machte auch aus seiner Ablehnung gegenüber dem „dritten Weg“ keinen Hehl. Den Verfechtern eines „dritten Weges“ warf er vor, das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu vernachlässigen.**

Trotz dieser Parallelen (in beiden Parteien wurde der Kurswechsel gegen die Parteilinke entschieden) ist nicht zu übersehen, dass die Situation in Deutschland und in Großbritannien für die Sozialdemokratie höchst unterschiedlich war. Zum einen ist die politische Orientierung der konservativen Parteien in beiden Ländern nicht gleichzusetzen. Damit ist nicht nur die proeuropäische Orientierung gemeint, welche die Regierung Kohl auszeichnete, die deutlich mit dem isolationistischen Kurs der *Tories* kontrastierte. Im Unterschied zur Konservativen Partei Großbritanniens artikuliert sich **in der CDU** immer wieder **auch ein Arbeitnehmerflügel**, der auf der Notwendigkeit einer sozialen Marktwirtschaft beharrte, für die die Partei letztlich die Urhebererschaft beanspruchte. Bedingt durch das Mehrheitswahlrecht in Großbritannien und die **unterschiedliche politische Kultur** ist aber noch ein weiterer wesentlicher Unterschied festzustellen. Während die *Labour Party de facto* nur innerhalb der eigenen Partei von Links herausgefordert wurde (auch wenn die Liberaldemokraten mitunter „linkere“ Positionen vertraten als *Labour*), hatte die **deutsche Sozialdemokratie durch die Existenz der Grünen eine parteipolitische Kontrahentin**, die sich in vielen Fragen links der Sozialdemokratie positionierte. Neben unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen und nationalen „Sonderereignissen“ (insbesondere der Fall der Berliner Mauer, der in Folge der „Wiedervereinigung“ zu einem Erstarken der CDU geführt hatte) hat dies sicherlich dazu geführt, dass die Abkehr der SPD von der sozialdemokratischen Tradition weniger radikal erfolgte als jene der *Labour Party*.

Das Schröder/Blair-Papier

Trotz dieser Unterschiede kam es zwischen den beiden Parteien zu Kooperation und zu einem programmatischen Austausch. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dies im so genannten Schröder-Blair-Papier, das im Frühsommer 1999 veröffentlicht wurde. In ihm werden die Begriffe „dritter Weg“ und „neue Mitte“ erläutert und zu einem programmatischen Konzept für die moderne Sozialdemokratie gebündelt.

Das Papier verfolgte das Ziel,

- zum einen traditionelle Werte der Sozialdemokratie beizubehalten und in ein zeitgemäßes Gewand zu kleiden. Neben Chancengleichheit sind dies vor allem die Werte **Fairness** und **Gerechtigkeit**.
- Gleichzeitig wurde aber eine besonders deutliche **Wirtschaftsfreundlichkeit** zum Ausdruck gebracht, indem Unternehmen Steuererleichterungen und Investitionsanreize angekündigt und der Linken eine „angebotsorientierte Agenda“

Anmerkungen



Gerhard Schröder
contra



Oskar Lafontaine

Unterschied Deutschland
und Großbritannien

Programmaustausch

Anmerkungen

zum Ziel gesetzt wurden. Flexible Märkte seien eine Zielvorstellung der modernen Sozialdemokratie, heißt es in dem vom *New-Labour*-Strategen PETER MANDELSON und dem damaligen deutschen Kanzleramtsminister BODO HOMBACH formulierten Papier – Sozialleistungen sollten daran gekoppelt werden, dass ihre Bezieher sich auch für die Gesellschaft verantwortlich fühlten, Rechte nur mehr in der Kombination mit Pflichten denkbar sein („**Keine Rechte ohne Pflichten**“). Angestrebt wurde eine Gesellschaft, in der, so wörtlich, „erfolgreiche Unternehmer ebenso bestätigt (werden) wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler“. Die Sozialdemokratie wolle eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft.

Kritik am Schröder/Blair-Papier

Kritik aus Frankreich

Das Schröder-Blair-Papier rief heftige Kritik hervor. Die Distanzierungen kamen jedoch nicht nur von der marxistischen Linken, die über einen „Thatcherism“ mit menschlichem Antlitz spottete, sondern auch von Teilen der Sozialdemokratie in Europa, die sich – wie etwa die französischen Sozialisten unter LIONEL JOSPIN – nicht mit dem „dritten Weg“ anfreunden mochten. Die Konservativen vermuteten ohnedies eine Kopie ihrer Ideen und die Liberalen bemängelten den geringen Bezug auf den Freiheitsbegriff, wenn sie nicht sogar so weit gingen, das fehlende soziale Gewissen der Verfasser des Papiers zu kritisieren. Das Schröder-Blair-Papier stellte den Versuch dar, durch markige Formulierungen die Inhalte des „dritten Weges“ medienwirksam in die politische Debatte einzubringen. Dabei kam es zu erheblichen **inhaltlichen Verkürzungen**, die viele Angriffsflächen boten.

Diskreditierung des Begriffs „dritter Weg“

Es hat sicherlich dazu beigetragen, dass die Begriffe „dritter Weg“ und „neue Mitte“ gerade nicht zu vorrangig positiv besetzten Schlagworten wurden, mit denen Wahlkämpfe zu führen sind. In der SPD wird heute nur mehr selten auf den Begriff der „neuen Mitte“ Bezug genommen. Der „dritte Weg“ wurde in Deutschland ohnedies von vielen relativiert, in dem darauf verwiesen wurde, dass es viele „dritte Wege“ in der europäischen Sozialdemokratie gebe. Insbesondere in Gewerkschaftskreisen wurde das Konzept auch offen angefeindet. Auch in Großbritannien spielte der „dritte Weg“ im Wahlkampf vom Juni 2001 kaum noch eine Rolle. Das muss aber keine Abkehr von den grundsätzlichen Inhalten des „dritten Weges“ bedeuten. Im Folgenden soll versucht werden, diese Inhalte des „dritten Weges“ mit Hilfe der Schriften von Anthony Giddens darzustellen.

-
3. Beschreiben Sie die Programmatik von New Labour und den Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie.



Die wesentlichen Inhalte des „Dritten Weges“

Anmerkungen

Nach Anthony Giddens ist es das Ziel des „dritten Weges“, „über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinauszugelangen“.

Die Frage lautet also, welche Elemente aus diesen beiden politischen Ideologien übernommen und gegebenenfalls weiterentwickelt wurden und wie sich das Verhältnis dieser beiden zueinander gestaltet. Denn erst dies beantwortet die im Hintergrund stehenden Fragen: Inwieweit ist der „dritte Weg“ ein sozialdemokratisches Projekt im traditionellen Sinne und inwiefern ist der „dritte Weg“ ein neoliberales Projekt? Oder ist er tatsächlich keines von beiden? Es wird also Zeit, die politischen Inhalte des „dritten Weges“ genauer zu untersuchen.

Globalisierung – Dynamisierung – Flexibilisierung

Globalisierung:

Die Globalisierung erscheint in den Texten des „dritten Weges“ als umfassendes Phänomen, das Politik und Gesellschaft zur Veränderung ihres Verhaltens zwingt. Die Globalisierung selbst ist weder gut noch schlecht, sondern ein unumstößliches Faktum, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Am deutlichsten zeigt sich das Phänomen der Globalisierung in der Welt der Wirtschaft – also am Beispiel der Globalisierung der Geld- und Finanzmärkte. Doch die Globalisierung ist darüber hinaus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Globalisierung als
neutrales Faktum ...

Globalisierung ist für Anthony Giddens (Der „dritte Weg“, S. 43) „Transformation von Raum und Zeit in unserer Lebenswelt“. Am deutlichsten zeige sich dies an den rasanten Veränderungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Nationale Grenzen spielen gerade hier eine immer geringere Rolle. **Die Globalisierung ist folglich zweideutig:** Sie hat einerseits eine **bedrohliche Komponente** und zeichnet hauptverantwortlich für sozialen und kulturellen Wandel – gleichzeitig **fasziniert** diese rasante Veränderung viele aber auch. Wenn Anthony Giddens von einer „Kommunikationsrevolution“ schreibt, und Tony Blair immer wieder auf die „modern dynamic economy“ (moderne, dynamische Wirtschaft) zu sprechen kommt, so wird diese Faszination deutlich. In den Schriften über den „dritten Weg“ wird immer wieder auf Formulierungen zurückgegriffen, die Bewegung, Veränderung, die Begeisterung für das Neue unterstreichen. Weil die Globalisierung als solche außer Streit steht, geht es also darum, ihre Chancen zu nützen.

... und als Herausforderung

Flexibilisierung:

Das Problem besteht nun darin, dass dies den modernen, dynamischen, flexiblen Teilen der Gesellschaft, also in der Regel jungen, gut ausgebildeten und im städtischen Raum lebenden Menschen, besser gelingt als älteren, weniger gebildeten und wenig qualifizierten Menschen. Für diese Personengruppe wird häufig der Begriff der „Modernisierungsverlierer“ verwendet. Sie können das rasante Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung nicht halten und sind dem Veränderungsdruck nicht gewachsen.

Modernisierungsverlierer

Dynamisierung:

Die politische Frage lautet nun, wie es gelingt, beide Gruppen, die Gewinner und die Verlierer der Globalisierung, anzusprechen. Denn einerseits sollen die Menschen die Fähigkeit erlangen, mit den neuen Rahmenbedingungen umzugehen, sich an

diese anzupassen und die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Andererseits soll aber auch jenen geholfen werden, die dazu nicht in der Lage sind. Im Gegensatz zum Modell des Neoliberalismus **verspricht der „dritte Weg“ der Sozialdemokratie, die Verlierer des Globalisierungsprozesses nicht einfach ihrem Schicksal zu überlassen.** Im Wesentlichen sind drei Ansatzpunkte zu nennen:

- Ausbildung- und Weiterbildung, um den Einstieg in die „wissensbasierte Ökonomie“ (also in die Wirtschaft, in der der Zugang zu Information und die Qualität der Ausbildung entscheidend sind) zu ermöglichen,
- das Modell des reformierten Wohlfahrtsstaates und – ergänzend dazu –
- eine aktivere Zivilgesellschaft, die bestimmte Sozialleistungen übernimmt und den Staat damit entlastet.

Wirtschaft und Soziales

Einen besonders auffälligen Bruch mit der sozialdemokratischen Tradition vollzog die Programmatik des „dritten Weges“ im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Strategisch ging es bei der *Labour Party* darum, im Sinne einer Öffnung hin zur politischen Mitte mehrheitsfähig zu werden. Politische Inhalte, die diesem Ziel im Wege standen, mussten also entweder abgeändert oder neu interpretiert werden.

Erwartungsgemäß rief dies Spannungen innerhalb der Partei hervor. Wie wir gesehen haben, war dieser Prozess in der britischen *Labour Party* damit verbunden, den gewerkschaftlichen Einfluss zurückzudrängen und sich von der Zielvorstellung einer Verstaatlichung der Produktionsmittel endgültig zu verabschieden.

Die Strategen des *New-Labour*-Projektes entwarfen das Konzept eines **ethischen, nicht-marxistischen Sozialismus**, der die britische *Labour Party* auf jenen Weg führen sollte, den die SPD bereits 1959 mit dem Programm von Bad Godesberg beschritten hatte. Am Parteitag von Bad Godesberg hatte sich die SPD ein neues Programm gegeben und sich von „revolutionären“ Vorstellungen gelöst und zu Reformen innerhalb des parlamentarischen Systems und zu einer „gemischten Wirtschaft“ bekannt. Viele meinten, erst jetzt – mit Tony Blair an der Spitze – habe die britische *Labour Party* diesen Prozess nachvollzogen. Eine Politik der gesellschaftlichen Umverteilung auf der Basis einer hohen Besteuerung (*Tax- and-Spend-Strategie*) sollte der Vergangenheit angehören. Stattdessen wurden Eigeninitiative und soziale Verantwortung betont.

Im Gegensatz zum Neoliberalismus lehnt der „dritte Weg“ aber das Modell des Sozialstaates nicht ab, sondern will es in ein System „positiver Wohlfahrt“ (Anthony Giddens) umformen. In diesem neuen Modell des Wohlfahrts- und Sozialstaates soll der Staat zwar den sozial Bedürftigen Hilfe anbieten – diese Hilfe wird aber an gesellschaftliches Engagement und an den Willen, diese Hilfe auch als Hilfe zu und nicht als Ersatz für Erwerbstätigkeit zu benutzen, gekoppelt.

Partnerschaftliche Modelle zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sollen entwickelt werden. Sie stellen ein weiteres Standbein dieses Modells dar. **Nicht mehr alles soll der Staat leisten, auch private Initiativen im Sozialen sollen unterstützt und verstärkt tätig werden.**

Sicherheit und Risiko

Während die soziale Sicherheit unter den Bedingungen einer dynamischen, globalisierten Wirtschaft offenkundig immer weniger garantiert werden kann und der „flexible Mensch“, wie es der US-Soziologe RICHARD SENNETT genannt hat, eingefordert wird, wird auf Sicherheit im Sinne von Verbrechensbekämpfung und Ver-

brechensprävention seitens der modernen Sozialdemokratie mehr Wert gelegt. Damit wird auf konservative Vorwürfe Bezug genommen, gegen die sich die Sozialdemokratie lange Zeit zur Wehr zu setzen hatte. Denn mit dem Bekenntnis, entschlossen gegen die Ursachen von Verbrechen, aber auch gegen die Kriminalität selbst vorzugehen, kämpft die Linke gegen ihr Image, nichts zur Verbrechensbekämpfung beizutragen, sondern sich nur auf die Verbrechensprävention zu beschränken.

Der liberale Strafvollzug und die Senkung von Höchststrafen werden daher nicht mehr als Forderungen erhoben. Diese Strategie entsprang der Haltung, dass Kriminalität vorrangig soziale Ursachen hat: „*Tough on crime and tough on the causes of crime*“, lautet nun ein populäres Schlagwort, das Tony Blair dazu prägte (**Streng gegen das Verbrechen und streng gegen die Ursachen des Verbrechens**). Drogen und Kriminalität, welche den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdeten, wirksam zu bekämpfen, verspricht auch das bereits erwähnte Schröder/Blair-Papier. Dieses Thema kommt im Grundsatz- und Strategiepapier der beiden Regierungschefs immer wieder zur Sprache, schließlich wird „Sicherheit auf den Straßen als ein Bürgerrecht“ bezeichnet. Somit wird steigende Unsicherheit im sozio-ökonomischen Bereich von Sicherheitsversprechen im Bereich der inneren Sicherheit kompensiert.

Natur und Umwelt

Eng verbunden mit den Fragen der Globalisierung und allgemein der gesellschaftlichen Risiken ist die ökologische Frage. **Die Zerstörung der natürlichen Umwelt wird als ein zentrales Problem anerkannt.** Wie gesichert sind unsere Annahmen über die Erderwärmung, und zu welchen politischen Konsequenzen sollen sie führen? Wie werden die Industriestaaten das Problem der Abfallentsorgung bewältigen, welche Umweltstandards sollen in internationalen Abkommen verankert werden? Die politische Bedeutung des Themas in den beiden hier hauptsächlich beobachteten Ländern (Großbritannien und Deutschland), stellt sich unterschiedlich: Denn während in Großbritannien Umwelt- und Naturschutz sehr stark in diversen Nichtregierungsorganisationen ihren Ausdruck finden, sieht sich die SPD durch die Partei der Grünen in dieser Frage sehr stark herausgefordert. Die Frage des Ausstiegs aus der zivilen Nutzung der Kernenergie erwies sich auch als eine der ernststen Belastungsproben der seit 1998 regierenden Rot-Grünen-Koalition. In der Programmatik des „dritten Weges“ wird der ökologischen Modernisierung und der nachhaltigen Entwicklung Bedeutung eingeräumt.

Diese Ziele sollen nicht durch staatliche Regulierung oder durch staatliche Verordnungen erreicht werden, sondern durch die Kooperation von Wirtschaft, Umweltschützern und Wissenschaftlern. Angestrebt werden also freiwillige Vereinbarungen.

Anthony Giddens sieht aber gleichzeitig die Gefahr, dass bei solchen harmonischen Vorstellungen der Kooperation übersehen werden könnte, dass es auch zu Zielkonflikten kommen kann: Wirtschaftswachstum und Umweltschutz können, müssen aber nicht zu den gleichen Maßnahmen führen. Insgesamt wird in den Schriften, die sich für einen „dritten Weg“ der Sozialdemokratie aussprechen, zwar die Bedeutung der ökologischen Frage anerkannt, es werden allerdings selten konkrete Maßnahmen angesprochen.

One nation und Zivilgesellschaft

Der „dritte Weg“ beruht auf einer Strategie der Übereinstimmung. Alle Teile der Gesellschaft sollen zusammenhelfen, um die Herausforderung einer globalisierten Wirtschaft zu bewältigen. Abgelehnt werden hingegen die traditionellen Klassenkonzepte, die von gegensätzlichen Interessen in einer Gesellschaft auf Grund der

unterschiedlichen sozialen Lage ausgehen. Diese erscheinen als überholt. Die Modelle von Gesellschaft und von Nation, wie sie der „dritte Weg“ entwirft, betonen das Verbindende, nicht das Trennende. Neue Gegensätze und Teilungen werden ins Spiel gebracht, aber diese werden nicht durch die *soziale Lage* bestimmt. Bestimmend ist die Auseinandersetzung zwischen Bewahrern/Traditionalisten und Modernisierern, zwischen Alt und Neu.

Im Zentrum steht der Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern der Veränderung. Dabei geht es um Werte, Haltungen und Einstellungen: **Jeder kann modern, innovativ und flexibel sein, der junge Unternehmer genauso wie der kooperationsbereite Betriebsrat, niemand will alt, traditionell und unmodern sein.** Eingebettet wird dieser neue Geist der Gemeinschaftlichkeit in ein besonders ausgeprägtes Engagement für die **Zivilgesellschaft**. Die Gesellschaft stellt dem Einzelnen Entwicklungschancen zur Verfügung, bringt ihm Fairness und Solidarität entgegen. Doch dies basiert auf der Voraussetzung gemeinsamer Wertvorstellungen. „Keine Rechte ohne Pflichten“, lautet die Formulierung, mit der die Vertreter des „dritten Weges“ das Grundprinzip auf den Punkt bringen.

Wenn die Gesellschaft Arbeit zur Verfügung stellt, dann hat der Einzelne auch die Verpflichtung, die ihm gebotene Gelegenheit zu ergreifen. Selbst Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit erscheinen besser als Arbeitslosigkeit, weil sie den Einstieg ins Berufsleben wieder erleichterten. Die Gesellschaft in der Vorstellung des „dritten Weges“ beruht nicht auf Konflikt, sondern auf Konsens, auf allseitig geteilten Werthaltungen.

Konsequenz für internationale Politik

Die Regierung von Tony Blair übertrug diese werteorientierte Politik auch auf die Arena der internationalen Politik. Die internationale Gemeinschaft wird in der Folge als moralische Wertegemeinschaft interpretiert, wer sich ihrem Reglement nicht unterwirft, muss mit Sanktionen rechnen. Dies kam auch im Modell so genannter „humanitärer Interventionen“ zum Ausdruck – und darüber hinaus in einem starken internationalen Engagement britischer Politik. Der proeuropäische, antiisolationistische Kurs der regierenden *Labour Party* wurde von einer Politik begleitet, die von Außenminister ROBIN COOK als „ethische Außenpolitik“ bezeichnet wurde. Im Afghanistan-Konflikt, der auf die Attentate des 11. September 2001 folgte, setzte die britische Regierung ihr Bemühen um eine relevante Rolle in der internationalen Politik fort.

Gleichheit und Gerechtigkeit

Im „dritten Weg“ wird

- einerseits für politische Pragmatik plädiert und betont, dass Ideologien den politischen Handlungsspielraum nicht einschränken dürften, zumal in einer Zeit, in der die Frage, was Links und was Rechts sei, ohnedies nicht mehr so klar zu beantworten wäre wie dies früher der Fall gewesen sei.
- Andererseits aber wird daran festgehalten, dass **der „dritte Weg“** ein Projekt innerhalb der Linken und Bestandteil des Sozialismus sei und nicht etwas völlig anderes.

Nach Anthony Giddens besteht die Herausforderung darin, den zentralen Zielen des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, obwohl sich das ökonomische System des Sozialismus diskreditiert habe.

Dies wird auf zweifache Art begründet:

- Einerseits wird das Verhältnis von Zielen und Mitteln neu bestimmt: Die alte Sozialdemokratie oder *Old Labour* hätten Ziele und Mittel miteinander verwechselt. So sei z. B. die Verstaatlichung von Teilen der Industrie als Ziel an sich und nicht als Mittel zur Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit interpretiert wor-

den. Von dieser Logik gelte es, sich nun zu lösen. Die sozialistischen Ziele sollten beibehalten, die Mittel zu ihrer Erreichung aber den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Wollen wir mit Anthony Giddens annehmen, dass es vor allem um die Fragen der Gleichheit, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit geht, so zeigt sich, dass auch um eine Neubestimmung der Werte und Ziele selbst geht. So wird Gleichheit nicht als soziale Gleichheit interpretiert, die es über materielle gesellschaftliche Umverteilungs- oder Steuerpolitik anzustreben gilt, sondern als Chancengleichheit – alle sollten etwa den gleichen Zugang zur Bildung haben. Es **gehe um Gleichheit am Start, nicht um Gleichheit im Ergebnis**, formuliert dazu das Schröder-Blair-Papier. Die ungleiche Verteilung von Reichtum wird vor allem deswegen abgelehnt, weil sie die Chancen künftiger Generationen verzerrt. „Dass Bill Gates es zu enormen Reichtum gebracht hat, ist kein Problem“, formuliert Giddens, „solche ökonomischen Privilegien umstandslos auf die nachfolgenden Generationen übergehen zu lassen, aber sehr wohl“ (Antony Giddens, Die Frage der sozialen Gleichheit, S. 114).

- Die Herstellung von Chancengleichheit bedeutet aber auch die Bekämpfung der sozialen Exklusion (von sozialem Ausschluss), doch wann diese – am oberen wie am unteren Ende der Gesellschaftsskala – beginnt, stellt schon eine schwierigere Frage dar. Freiheit bezeichnet im „dritten Weg“ die Steigerung der Autonomie des individuellen Handelns. Dieses Handeln wird aber mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Somit unterscheidet sich der Freiheitsbegriff des „dritten Weges“ vom neoliberalen Freiheitsbegriff. Soziale Gerechtigkeit lässt sich wohl am ehesten mit Fairness übersetzen. Diese soll das Verhältnis der Individuen in der Gesellschaft zueinander bestimmen.

Die Ziele des „dritten Weges“

Aus diesen Überlegungen resultieren die folgenden Ziele des „dritten Weges“:

Die Ziele des „dritten Weges“

- Die radikal-demokratische Mitte
- Der neue demokratische Staat
- Eine aktive Zivilgesellschaft
- Die demokratische Familie
- Die neue gemischte Wirtschaft
- Gleichheit als Inklusion
- Positive Wohlfahrt
- Der Staat als Sozialinvestor
- Die kosmopolitische Nation
- Kosmopolitische Demokratie

Quelle: Anthony Giddens: Der „dritte Weg“. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main 1999, S. 86

Dieser Aufstellung von Zielen des „dritten Weges“ können wir die Quintessenz dieser Politik und Programmatik sehr gut entnehmen:

Dem „dritten Weg“ geht es nicht mehr um ein politisches Programm, das den Alleinvertretungsanspruch einer bestimmten Klasse für sich reklamiert, sondern um das Gewinnen einer gesellschaftlichen Unterstützung unterschiedlicher Teile der Gesellschaft, die sich im Willen, ein radikal-demokratische Mitte zu bilden, treffen.

Der Staat soll einerseits demokratisiert werden (mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten), andererseits soll aber auch die Zivilgesellschaft aufgewertet werden. Damit ist etwa das Engagement von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen gemeint. Gefördert werden sollen aber auch eher als konservativ geltende Werte

Aufwertung der Zivilgesellschaft

wie der Zusammenhalt von Familien, die aber nicht durch autoritäre Werte, sondern als „demokratische Familie“ charakterisiert sein sollen. In der neuen gemischten Wirtschaft sollen die Leistungen des Staates nicht reduziert, aber mit weniger bürokratischem Aufwand erreicht werden; der Staat soll als „Sozialinvestor“ agieren und an einem System „positiver Wohlfahrt“ mitwirken helfen, das Bedürftigen hilft und möglichst alle Teile in die Gemeinschaft integriert.

In dieser „Inklusion“ (Einschließung) besteht auch die Bedeutung von Gleichheit: **Alle haben als akzeptierte Mitglieder einer Gemeinschaft die gleichen Chancen, etwas in ihr zu erreichen.** Als „kosmopolitische Nation“ und „kosmopolitische Demokratie“ werden dann jene Gebilde bezeichnet, die weder Nationalstaaten im traditionellen Sinne noch Gesellschaften nach der Aufhebung nationalstaatlicher Grenzen sind. Es geht dabei vielmehr um die Ausbreitung der Demokratie im Weltmaßstab mit friedlichen Mitteln; um die Existenz von Staaten, die zwar als Handelnde der Politik existieren, durch gemeinsame Werte mit anderen nach außen hin verbunden sind und kulturellen Pluralismus im Inneren fördern.



4. Was sind die wesentlichen Inhalte des „dritten Weges“?



5. Lehnt der „dritte Weg“ das Modell des Sozialstaates ab?

Der „Dritte Weg“ für Österreich?

Anmerkungen

Neoliberalismus kann im Sinne von „objektiven“ sozio-ökonomischen Faktoren definiert werden. Eine neoliberale Regierung ist z. B. auf ein möglichst geringes Ausmaß sozialstaatlicher Leistungen bedacht und strebt die weit gehende Privatisierung öffentlicher Sektoren an. Zentraler Stellenwert kommt der Geldpolitik zu; stabiler Geldwert erscheint als Schlüssel einer funktionierenden Wirtschaft („Monetarismus“). Neoliberale Themen sind aber auch Bestandteil öffentlicher politischer Debatten. Nicht zuletzt in dieser Hinsicht wurde auch die Zweite Republik in Österreich seit Mitte der Achtzigerjahre im neoliberalen Sinne beeinflusst. Denn nicht nur tatsächliche Privatisierungsmaßnahmen und Einsparungen im Sozialbereich, sondern die Bedeutung von Sozialstaatlichkeit im öffentlichen Raum insgesamt wurde stark beeinträchtigt.

Auf politischer Ebene vertreten Teile der ÖVP (etwa der Wirtschaftsflügel) neoliberale Politikinhalte, aber auch der radikale Rechtspopulismus (in Österreich repräsentiert durch die FPÖ) greift neoliberale Programminhalte auf. Die Bezeichnung des Sozialstaates als bürokratisches, ineffizientes Modell und das festgefahrene Image des grundsätzlich schlecht wirtschaftenden Staates wurden lange vor dem Regierungswechsel zu einem Bestandteil von weiten Teilen der öffentlichen Meinung.

Wichtig ist hier zu unterscheiden: Es gibt einerseits tatsächliche *konkrete* Beispiele für Staatsversagen (in der Wirtschafts- und/oder Gesellschaftspolitik) und andererseits die *allgemeine* Behauptung, derzufolge zu viel Engagement des Staates zwangsläufig schade. Der Umstand beispielsweise, dass es eine wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Ineffizienzen in Teilen der öffentlichen Verwaltung gab, wurde in die Behauptung umgemünzt, dass nur Private richtig wirtschaften könnten. Die neoliberale Politik konnte also aus *einzelnen* Beispielen die *grundsätzliche* Behauptung vom Staatsversagen im öffentlichen Meinungsklima verankern.

Die hohe Akzeptanz einer Politik des „Null-Defizits“ durch die Bevölkerung hat eine Vorgeschichte, die sicherlich länger ist als jene der Regierungskoalition aus FPÖ und ÖVP. Dennoch existierte in Österreich eine völlig andere Ausgangslage als etwa in Großbritannien: Eine lange sozialpartnerschaftliche Tradition des Interessenausgleichs, eine Sozialdemokratische Partei in jahrzehntelanger Regierungsverantwortung und eine relativ stabile, am Ausgleich orientierte politische Kultur haben zu weit weniger sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen geführt als dies in Großbritannien durch die lange Regierungsphase der Konservativen (1979–1997) der Fall war.

Doch diese Konstellation führte auch dazu, dass die Sozialdemokratie einer programmatischen Neuorientierung erst relativ spät politische Priorität einräumte. Inwieweit der „dritte Weg“ bei der gegenwärtigen Diskussion der SPÖ eine Rolle spielt, lässt sich vorsichtig abschätzen: **Im aktuellen Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialdemokratie werden bestimmte Inhalte der Debatte um den „dritten Weg“ aufgegriffen (z. B. Bildung und Ausbildung als Schlüssel zur Chancengleichheit), aber nicht gegen das Modell materieller Verteilungsgerechtigkeit ausgespielt.** Bei seiner Rede am 36. Bundesparteitag in Wien sprach sich der Parteivorsitzende ALFRED GUSENBAUER dezidiert dagegen aus, ein Modell, das in Großbritannien seine Richtigkeit erweisen könnte, auf die österreichische Situation zu übertragen. **Somit lassen sich insgesamt Anzeichen einer Distanzierung vom Konzept des „dritten Weges“ erkennen.**

Rolle der österreichischen Sozialdemokratie

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer scheint sich vielmehr vom Harvard-Kreis inspirieren zu lassen, einem Zirkel progressiver und linker Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten, die den „dritten Weg“ ablehnen, weil er letztlich die intellektuelle Dominanz der Rechten unterstützt habe (Der Standard, 3. Dezember 2001: 6). Die

Distanz zum „dritten Weg“



Alfred Gusenbauer

Rhetorik des SPÖ-Vorsitzenden weist zwar mitunter Ähnlichkeiten zu Theoretikern des „dritten Weges“ auf. So versucht auch Gusenbauer, das bislang als widersprüchlich Geltende in neue Begriffskombinationen zu fassen. Die angestrebte „kluge Balance zwischen Wettbewerb und Solidarität“ oder die „solidarische Hochleistungsgesellschaft“ sind Beispiele dafür. Aufschlussreich wird sicher die Beantwortung der Frage sein, inwieweit die charakteristischen Inhalte des „dritten Weges“ sich letztlich in den Ergebnissen des laufenden Diskussionsprozesses im Rahmen des „Netzwerk Innovation“ widerspiegeln werden, das der SPÖ-Vorsitzende eingerichtet hat.

Die abflauende Konjunktur des Konzeptes eines „dritten Weges“ in der europäischen Sozialdemokratie insgesamt lässt es in jedem Fall als äußerst unwahrscheinlich erscheinen, dass die SPÖ diesen Diskurs in Zukunft aufnehmen wird.



6. Auf welche Faktoren reagierte die europäische Sozialdemokratie mit dem Konzept des „dritten Weges“?

Die klassische Sozialdemokratie (die alte Linke):

- staatliche Eingriffe in den sozialen und ökonomischen Bereich
- der Staat dominiert die Zivilgesellschaft
- kollektive Lösungen
- nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik à la Keynes in Verbindung mit Korporatismus
- eingeschränkte Rolle des Marktes: die gemischte Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft
- Vollbeschäftigung
- Gleichheit als zentraler Wert
- ein umfassender Wohlfahrtsstaat, der die Bürger „von der Wiege bis zur Bahre“ schützt
- lineare Modernisierung
- schwach ausgebildetes ökologisches Bewusstsein
- internationale Solidarität
- Einbindung in den Ost-West-Gegensatz

Thatcherismus oder Neoliberalismus (die neue Rechte):

- schlanker Staat
- autonome Zivilgesellschaft
- Marktfundamentalismus
- autoritäre Moral in Verbindung mit ökonomischen Individualismus
- der Arbeitsmarkt reguliert sich selbst wie jeder andere Markt
- Hinnahme von Ungleichheit
- traditioneller Nationalismus
- Wohlfahrtsstaat als reines Sicherheitsnetz
- lineare Modernisierung
- schwach ausgebildetes ökologisches Bewusstsein
- neorealistisches Denken in der internationalen Politik
- Einbindung in den Ost-West-Gegensatz

Die Ziele des „dritten Weges“

- Die radikal-demokratische Mitte
- Der neue demokratische Staat
- Eine aktive Zivilgesellschaft
- Die demokratische Familie
- Die neue gemischte Wirtschaft
- Gleichheit als Inklusion
- Positive Wohlfahrt
- Der Staat als Sozialinvestor
- Die kosmopolitische Nation
- Kosmopolitische Demokratie

Resümee: Der „Dritte Weg“ als Kompromiss zwischen Sachzwängen und Grundsatzorientierung

Mit dem Konzept eines „dritten Weges“ reagierte die europäische Sozialdemokratie – und insbesondere die SPD und die britische *Labour Party* – auf folgende Faktoren:

- Die an die Regierung gekommen Parteien bedurften einer politischen Programmatik, um klare Aussagen darüber treffen zu können, welche grundsätzlichen politischen Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden sollten.
- Diese Programmatik musste sich deutlich von jener der abgewählten Konservativen unterscheiden.
- Sie sollte einerseits klassische Werte der Sozialdemokratie vermitteln, um die eigenen Anhänger damit anzusprechen und
- andererseits dem Umstand Rechnung tragen, dass viele ihrer Werte und politischen Zielvorstellungen in der traditionellen Form nicht mehr mehrheitsfähig waren und keine Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit zu bieten schienen.

Der „dritte Weg“ ist deshalb ein politischer Kompromiss. Er versucht, diesen unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden. Er soll aber auch, darüber hinausgehend, ein Konzept für die Zukunft sein. Er soll die Problematik bewältigen, Grundsätze zu bewahren und gleichzeitig notwendige Anpassungen vorzunehmen. In diesem Sinne ist die Debatte, die das Konzept ausgelöst hat, in höchstem Maße notwendig.

Probleme des „dritten Weges“ sind darin angelegt,

- dass er eindeutig vor dem Hintergrund der Situation in den USA und Großbritannien entwickelt worden ist und daher zu wenig auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Sozialdemokratien in anderen Ländern abgestimmt war;
- dass wenig konkrete Maßnahmen genannt und vieles unbestimmt und offen gelassen wird und so der Eindruck erzeugt wurde, es ginge nur um eindrucksvolle Rhetorik;
- dass Konflikte zwischen politischen Zielen und sozialen Interessen, zwischen sozialen Klassen ausgeklammert werden;
- dass der „dritte Weg“ folglich als ein Regierungsprogramm geeignet erscheint; als Programmatik einer politischen Partei aber zu wenig Konturen entwickeln konnte.

Wie groß die Bedeutung des „dritten Weges“ der Sozialdemokratie in Zukunft sein wird, lässt sich derzeit nur schwer abschätzen. Als Konzept unter diesem Namen könnte er bald aus der politischen Debatte verschwinden. Die Fragen, die er aufgeworfen hat, nach der Zukunft des Wohlfahrtsstaates, der Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Art der internationalen Beziehungen etwa, werden aber ohne Zweifel die Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Auswahlbibliographie

Anmerkungen

- Arbeit, Innovation, Gerechtigkeit* (1998). SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, Bonn (= Wahlprogramm 1998).
- Blair, Tony* (1997). *Meine Vision*. Stuttgart.
- Blair, Tony* (1999). *The Third Way. New Politics for the New Century*. London.
- Bobbio, Norberto* (1994). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Callinicos, Alex* (2001). *Against the Third Way*. Cambridge.
- Cuperus, René/Karl Duffek/Johannes Kandel* (Hg.) (2001). *Multiple Third Ways. European Social Democracy facing the Twin Revolution of Globalisation and the Knowledge Society*. Amsterdam, Berlin, Wien.
- Dahrendorf, Ralf* (1999). *The Third Way and Liberty*, in: *Foreign Affairs*, 78 (5), 13–17.
- Driver, Stephen/ Luke Martell* (1998). *New Labour. Politics after Thatcherism*. Cambridge.
- Fairclough, Norman* (2000). *New Labour, New Language?* London and New York.
- Giddens, Anthony* (1997). *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony* (1999). *Der „dritte Weg“*. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony* (2001a). *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony* (2001b). *Introduction*, in: Anthony Giddens (Hg.). *The Global Third Way Debate*. Cambridge, 1–21.
- Grundsatzprogramm* (1998). Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), beschlossen am 30./31. Oktober 1998, verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 30. 11. 2001.
- Gusenbauer, Alfred* (2000). Rede des Vorsitzenden zum 36. ordentlichen Bundesparteitag in Wien, verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 1. 12. 2001.
- Gusenbauer, Alfred* (2001). *Österreich in einer veränderten Welt. Erklärung des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer*, 11. Dezember 2001 (Wien), verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 30. 12. 2001.
- Hall, Stuart* (1998). *The Great Moving Nowhere Show*, in: *Marxism Today*, special issue, Nov./Dec. 1998, 9–14.
- Hombach, Bodo* (1998). *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*. München, Düsseldorf.
- Kleinert, Hubert/Siegmar Mosdorf* (1998). *Die Renaissance der Politik. Wege ins 21. Jahrhundert*. Berlin.
- Labour Party Manifesto* (1997), verfügbar unter: <http://www.labour.org.uk/lp/new/labour/docs/MANIFESTO>, 1. 11. 1999.
- Mahnkopf, Birgit* (2001). *Gerecht ist, was effizient macht oder: Die Entdeckung produktionsorientierter Ungleichheit durch die neue Sozialdemokratie*, in: *Altvater, Elmar et al* (Hg.). *Neoliberalismus, Militarismus, Rechtsextremismus*. Wien: Promedia 2001, 85–111.
- Mandelson, Peter/Roger Liddle* (1996). *The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?* London.
- Nolte, Paul* (2001). *Unsere Klassengesellschaft*, in: *Die Zeit*, 4. Januar 2001, 7.
- Sandner, Günther* (2000). *Halbierter Sozialismus oder: Die politische Theorie des „dritten Weg“ es*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 29 (1), 93–107.
- Schröder, Gerhard/Tony Blair* (1999). *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, 887–896.
- Sennett, Richard* (1998). *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.

Beantwortung der Fragen

- F1:** Der „Dritte Weg“ ist eine Reaktion auf konservative und neoliberale Ideen. Einerseits grenzt sich die neue Sozialdemokratie von bestimmten Inhalten ihrer eigenen Geschichte ab, andererseits nimmt Sie Stellung gegen Neoliberalismus, Konservatismus und Neue Rechte.
- F2:** Der Neoliberalismus der Neuen Rechten beschränkt die Rolle des Staates auf ein Minimum und nimmt gesellschaftliche Ungleichheit hin („Schlanker Staat“, „Marktfundamentalismus“).
- F3:** New Labour profilierte sich als moderate Mitte-Links-Partei, indem auch Teile der politischen Inhalte der konservativen Revolution übernommen wurden. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde zurückgedrängt. Mehrheitswahlrecht und unterschiedliche politische Kultur ist ein wesentlicher Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie. Während die Tories keinen Arbeitnehmerflügel hatten, artikuliert sich in der regierenden CDU auch ein Arbeitnehmerflügel.
- F4:** Globalisierung als neutrales Faktum, Flexibilisierung, Dynamisierung. Als wesentlich wird erkannt, die Globalisierungsverlierer nicht einfach ihrem Schicksal zu überlassen.
- F5:** Das Modell des Sozialstaates wird nicht abgelehnt, sondern es soll in ein System „positiver Wohlfahrt“ umgeformt werden.
- F6:** Neoliberalismus und Neue Rechte.

3. Was sind die zentralen politischen Grundwerte der Sozialdemokratie, und welche Rolle spielen sie im „dritten Weg“?

4. Vergleichen Sie die Vorstellungen von einem „Sozialstaat“ der alten (traditionellen) Sozialdemokratie mit jenen des „dritten Weges“!

* FernlehrgangsteilnehmerInnen bitten wir, nach Abschluss der Fragenbeantwortung die Seite(n) mit den Fragen abzutrennen und an folgende Adresse zu senden:

Briefschule des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
1010 Wien, Wipplingerstraße 35.